FDP Hanau

LIBERALE AUS HANAU UND MAIN-KINZIG KREIS SEHEN AUSWEG AUS ATOMMÜLLDISKUSSION

16.04.2018

Noch ist es nicht zu spät für Plan A – Liberale sehen Chance für Ende der Atommüll-Debatte

Die FDP Hanau und die Kreistagsfraktion der FDP Main-Kinzig sehen in der gezielten Ansiedlung von High-Tech-Unternehmen eine Chance auf ein Ende der Atommüll-Debatte im Industriepark Wolfgang.

Die Stellungnahme von Mischa Brüssel de Laskay, Pressesprechers des Hessischen Umweltministeriums sorgt derzeit für große Verwirrung in Hanau und dem Main-Kinzig-Kreis. In einem Interview mit dem Hanauer Anzeiger äußerte dieser, dass das Lager der Firma Daher NCS Technology GmbH im Industriepark Wolfgang „grundsätzlich geeignet sei“, um zusätzliche radioaktive Abfälle zwischenzulagern.

„Damit stellt das von Priska Hinz (Die Grünen) geführte Ministerium den jahrzehntelangen Kampf der eigenen Partei auf lokaler und Landesebene auf den Kopf und öffnet Tür und Tor für neue Spekulationen zu einer Rückkehr zum Atomdorf Hanau. Diese Äußerung ist nicht nur unverantwortlich, sondern geradezu grotesk, wenn man sich die Unternehmens- und Wohnentwicklungen der letzten Jahre in Wolfgang ansieht,“ findet Henrik Statz, Vorsitzender der Hanauer FDP.

„Es ist die originäre Aufgabe der Stadt- und Kreisregierung diese Rückwärtsentwicklung mit aller Macht zu verhindern, um die langjährige Arbeit in den Standort Wolfgang nicht zu gefährden. Hier muss der Oberbürgermeister Claus Kaminsky in seinen Bemühungen unterstützt werden“, ergänzt Statz.

Wie der ehemalige Wirtschaftsdezernent der Stadt Hanau Dr. Ralf-Rainer Piesold anmerkt, war ein wesentlicher Grund für die Ablehnung des Bauantrages des ursprünglich

Abgerufen am 03.11.2026 unter https://fdp-hanau.de/?p=111

geplanten Atommülllagers der Firma NCS im Jahr 2009 die Tatsache, dass man dort einen High-Tech-Standort entwickeln wollte. „Auch wenn die ursprünglich geplante Ansiedlung eines Rechenzentrums von 1&1 aufgrund von Lärmprognosen nicht realisiert werden konnte, kann die Ausweitung des Atommülllagers, sollte die Stadt Hanau im Rechtsstreit unterliegen, immer noch durch eine zukunftsträchtige Alternativnutzung im High-Tech-Bereich verhindert werden," skizziert der Vorsitzende der FDP Kreistagsfraktion Kolja Saß eine Lösungsmöglichkeit.

„Die Hanauer FDP schaffte es vor einigen Jahren mit der damaligen schwarz-gelben Landesregierung das Fraunhofer IWKS anzusiedeln. Warum sollte ein solcher Coup nicht noch einmal gelingen und damit alle Spekulation über die Rückkehr zum Atomdorf beenden," stellt Daniel Protzmann, Vorsitzender der FDP Main-Kinzig fest und ergänzt: „Statt mit Atommüll in Verbindung gebracht zu werden, sollte der Fokus zum Beispiel auf die bereits in Hanau erfolgreich angesiedelte Materialforschung und Werkstofftechnologie gesetzt werden, um an den Werkstoffen der Zukunft zu arbeiten."

Abgerufen am 03.11.2026 unter https://fdp-hanau.de/?p=111